



## Merkel darf nicht länger schweigen

Die Kanzlerschaft von Angela Merkel begleitet ein beispielloses Schandritze in den deutschen Geheimdiensten. Der Verfassungsschutz offenbart eklatante Versagen im Umgang mit rechten Terroristen. Immerhin entwickelte sich daraus ein recht ansehnlicher Lern- und Umbauprozess. Der Bundesnachrichtendienst entwickelte, um mit Merksels Vizekanzler Sigmar Gabriel zu sprechen, dagegen ein gefährliches „Eigenleben“. Freunde ausspionieren, das ging gar nicht, sagte Angela Merkel auf dem ersten Höhepunkt der NSA-Spionageaffäre. Seitdem begleitet die Kanzlerin den Fortgang des Abhör-Treibens auf deutschem Boden weitgehend mit Schweigen. Das ist eine nicht angemessene Reaktion der deutschen Regierungschefin. Schließlich standen oder stehen die großen deutschen Dienste im akuten Verdacht, bei ihrer notwendigen Arbeit zum Schutz der freiheitlich demokratischen Grundordnung den massiven Verstoß gegen deutsche Interessen in Kauf genommen zu haben.

Eine Radikalaufklärung ist unerlässlich. Es ist zu häufig, schon jetzt durch die stellvertretende Regierungssprecherin erklären zu lassen, die Frage personeller Konsequenzen stelle sich nicht. Dabei kontrollieren die Kontrolleure von früher nun sich selbst. Und eigentlich müssten sie, dank des aufklärerischen Untersuchungsausschusses des Bundes, sich selbst attestieren, früher nicht so genau hingesehen zu haben. Das zu glauben, fällt allein schon bei einem Politiker wie Thomas de Maizière verdammt schwer.

Das Krisenmanagement der Bundesregierung bei der neuesten Variante des Spionageproblems ist mangelhaft. Mit jedem Tag wird die Forderung gerechtfertigt, einen unabhängigen Kontrollbeauftragten einzusetzen. Dieser Beauftragte müsste dann dem Parlament und der Öffentlichkeit schonungslos Rechenschaft ablegen.

## ANDERE ANSICHTEN

### Städteutsche Zeitung

**zur Lage der Koalition:** Der vergleichsweise ordentliche Zustand der Koalition und die Schwäche der Opposition sind Merksels dickste Ruhekiten: Sie wird zu Hause nicht gefordert. Auch wenn CDU, CSU und SPD darüber offenkundig streiten können, wird diese Koalition nicht zerbrechen an Dokumentationspflichten und der Abgrenzung von Ehrenämtern beim Mindestlohn.

### NÜRNBERGER Nachrichten

**zum selben Thema:** Union und Sozialdemokraten, das ist das traurige Fazit, haben ihre vertraglich vereinbarten Schnittmengen jetzt schon abgearbeitet und gestehen sich keine Erfolge mehr zu. Das ist so etwas wie das Ende der Innenpolitik, und einen Neuanfang gibt es womöglich erst nach den Wahlen 2017.

## ZITAT DES TAGES

„Dieser Koalitionsausschuss war die lange Nacht der SPD-Blockade.“

Andreas Scheuer, CSU-Generalsekretär, auf die jüngste Spitzentreffen von CDU, CSU und SPD.

## ZUR PERSON



**Mustafa Akinci (67),** liberaler Politiker, wird neuer Präsident der international isolierten Türkischen Republik Nordzypern. Der als dialogbereit und gemäßigt geltende frühere Bürgermeister

des türkischen Teils Nikosias gewann eine Stichwahl gegen den konservativen Amtsinhaber Derwis Ergoc. Akinci befürwortet Gespräche mit dem griechisch-zyprischen Süden der Mittelmeerinsel. Als Präsident darf er den Chefunterhändler für die UN-Verhandlungen über eine Wiedervereinigung bestimmen, die seit Oktober wegen eines Streits um Gasvorkommen ausgesetzt sind. Außenminister Özdemir Nami hatte kürzlich gesagt, er erwarte im Mai neue Gespräche mit dem Süden.

## POLITIK HEUTE

- **Berlin:** Vorbereitungen auf den Deutschen Ärztetag vom 12. bis 15. Mai.
- **Strasbourg:** EU-Kommission stellt Strategiepapier gegen Terrorismus vor.
- **Tunis:** Staatsbesuch von Bundespräsident Joachim Gauck in Tunesien.

# BND-Affäre entzweit die Koalition

Nach Spionage-Vorwürfen gegen den Geheimdienst fordern Sozialdemokraten Konsequenzen, die Union aber hält bisher still

VON DIETER WONKA

**BERLIN.** Die jüngste Spionage-Affäre rund um den deutschen Auslandsgeheimdienst BND soll nach dem Willen von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) bis auf Weiteres keine personellen Konsequenzen nach sich ziehen. Der SPD-Vorsitzende und Vizekanzler Sigmar Gabriel ist allerdings bereits auf größtmögliche Distanz gegangen.

Unter Verweis auf jüngste Presseberichte attestiert Gabriel dem Bundesnachrichtendienst die gefährliche Neigung zum „Eigenleben“.

SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi erklärte, sollten sich die Vorwürfe bestätigen, „dann muss man deutlich sagen, dass die Aufsicht des Bundeskanzleramts gegenüber dem Bundesnachrichtendienst künftig versagt hat“. Im Visier war bisher vor allem BND-Präsident Gerhard Schröder.

In der vergangenen Woche hatte die Regierung Ungereimtheiten beim BND festgestellt. Dabei geht es um den Vorwurf der versuchten Wirtschaftsspionage auf Anforderung durch den US-Geheimdienst NSA unter Inanspruchnahme des BND. Trotzdem stelle sich die Frage

nach einem Personalaustausch nicht, erklärt Christiane Wirtz, stellvertretende Regierungssprecherin. Intern gilt die Jobgarantie vorerst nicht nur für Schröder (FDP), sondern auch für den früheren Kanzleramts- und heutigen Innenminister Thomas de Maizière (CDU). Er war im Kanzleramt verantwortlich, als der BND 2008 erste Informationen über Versuche der NSA, den BND für Wirtschaftsspionage zu nutzen, an die Regierungszentrale weitergab. Daraufhin war offenbar nichts geschehen.

De Maizières zeitweiliger Nachfolger als Kanzleramtschef und damit oberster

Dienstaufseher über die BND-Arbeit, Ronald Pofalla (CDU), ist heute Chefintressensverwalter bei der Deutschen Bahn. Beide hatten zu ihrer Zeit als Mitarbeiter der Kanzlerin warrende Berichte auf der Tische bekommen. Womöglich aber auch schon 2005 – damals, am Ende der Kanzlerschaft von Gerhard Schröder (SPD), hieß der Kanzleramtschef Frank-Walter Steinmeier – habe der BND die Regierungszentrale davon gewarnt, dass die NSA Anfragen des deutschen Nachrichtendienstes nach Informationen über europäische Rüstungskonzerne und möglicherweise

auch Politiker durchsuchen lassen wolle. Diesen Berichten sei nicht weiter nachgegangen worden.

Erst in der vergangenen Woche hatte die Bundesregierung erklärt, dass Kanzleramt sei der Ansicht, dass der BND das Amt über seine Beziehungen zur NSA nicht vollumfänglich unterrichtet habe. FDP-Vize-Parteichef Wolfgang Kubicki beschwor bereits die Gefahr einer BND-Krise, die schnell den Boden für Verschwörungstheorien bereiten könne. „Gerade deshalb muss die Rolle von Thomas de Maizière besonders beleuchtet werden.“

## „Die Koalition bleibt handlungsfähig“

SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann über den Gipfel, die Flüchtlingspolitik und die Schuldenfalle

**Persönlich scheint es in der Großen Koalition zu stimmen. Politisch aber stößt man nach knapp zwei Jahren Arbeit offenbar aus ideologischen Gründen an die Grenzen. Das liegt sicherlich auch am Stiefkinderthema Seehofer – denken dennoch viele Akteure über die schwarz-rote Koalition: Bloß gut, dass das 2017 vorbei ist?**

Es ist nie hilfreich, mit öffentlich propagierten Maximalpositionen in Verhandlungen zu gehen. Aber klar ist: Die Koalition ist und bleibt handlungsfähig und kommt vor. Etwas beim wichtigen Thema Flüchtlinge: Wir haben ein gemeinsames Ziel und handeln im Konsens. Wir wollen die Seenotrettung im Mittelmeer verstärken, wir wollen mehr Kriegsflüchtlinge in Deutschland aufnehmen – wir haben klare Verabredungen getroffen.

**Nimmt die Kanzlerin ihre Führungsverantwortung zu wenig wahr? Beispielsweise bei der Aufklärung des BND-Spionage-Problems und bei der Unterstützung von Gabriels Kohle-Politik?**

Der NSA-Untersuchungsausschuss wird diese Spionage-Geschichte vollständig aufklären. Dabei werden ihn sicher alle unterstützen, auch das Kanzleramt. Beim Klimaschutz freue ich mich, dass alle – auch die Bundeskanzlerin – am Ziel festhalten, die Treibhausgase bis 2020 um 40 Prozent zu senken. Sigmar Gabriel hat dazu ein stimmiges Konzept vorgelegt. Alle Kritiker sind eingeladen, bessere Vorschläge zu machen. Wir werden allerdings nicht akzeptieren, dass Klimaschutz und Arbeitsplätze gegeneinander ausgespielt werden. Strukturbrüche in den betroffenen Regionen wird Sigmar Gabriel verhindern.

**Haben die Sozialdemokraten Angst vor einem Wahlkampf, indem sie als einzige Partei die Fortführung des Soli-Zuschlags fordert, während die Unionsspitze den Soli und auch sonst die Abgaben möglichst senken will?**

Es ist falsch, die Reform des Bund-Länder-Finanzausgleichs auf Steuersenkungen zu reduzieren. Wir brauchen zunächst ein gemeinsames Verständnis darüber, ob es weiter einen solidarischen Ausgleich zwischen den Ländern geben soll. Niemand will dagegen sein, Steuern und Abgaben zu senken, wenn Spielräume dafür da sein sollten. Im Gegenteil. Aber wer auf 30 Milliarden Euro, also rund 10 Prozent des Bundeshaushalts, verzichten will, stellt die Weichen für eine Rückkehr in die Schuldenpolitik. Das wollen wir nicht. Die Spielräume im Haushalt wollen wir nutzen für eine moderne Infrastruktur, gute Bildung und erskissliche Kinderbetreuung.

**Beim Mindestlohn hat sich die SPD vorerst durchgesetzt, es wird keine Korrekturen geben. Was erwarten Sie nun von der Kanzlerin und der Union/Fraktion? Können Sie sich, ganz konkret, ein verbessertes Modell des Mindestlohns zur Ausübung des Ehrenamtes vorstellen, beispielsweise**



„Es ist nie hilfreich, mit öffentlich propagierten Maximalpositionen in Verhandlungen zu gehen“: Thomas Oppermann.

**durch einen erhöhten steuerlichen Freibetrag?**

Es bleibt beim gesetzlichen Mindestlohn. Daran wird nicht gerüttelt. Andrea Nahles macht es richtig, weil sie einzelne Probleme bei der Umsetzung aufgreift und Lösungen findet. Das gilt auch für die Ausübung von Ehrenämtern. Sie darf nicht am Mindestlohn scheitern. Die Unsicherheiten bei Vereinen werden wir beseitigen.

Interview: Dieter Wonka

## ZUR PERSON

**Thomas Oppermann** ist seit Dezember 2013 Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion – und damit so etwas wie die Schaltstelle der Großen Koalition. Zuvor war der Göttinger SPD-Abgeordnete und frühere niedersächsische Wissenschaftsminister von 2007 bis 2013 Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion.

## Nahles sperrt sich gegen Änderungen

**BERLIN.** Andrea Nahles darf nach stundenlangem Warten endlich mit ihrem Vortrag beginnen. Doch sofort wird sie von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) unterbrochen. Die Bestandsaufnahme der Arbeitsministerin zum Mindestlohn muss noch einmal warten. Denn es ist Mitternacht, und jetzt hat Thomas Oppermann Geburtstag. Aber die Gratulationen zum 61. des SPD-Fraktionschefs und ein Schlückchen Rosé zu seinen Ehren machen die Stimmung im Kanzleramt nicht besser in dieser Nacht. Das jedenfalls berichten Teilnehmer hinterher.

Als der Koalitions Gipfel bei der Kanzlerin nach sechs Stunden am Montagmorgen um 2 Uhr zu Ende geht, ist die Ermüderung groß. „Ziemlich schlimm“, im Grunde nichts beschlossen“, „unheimlich dürrig“, lauten Kommentare aus Koalitionskreisen. Eigentlich sollte das Treffen der Partei- und Fraktionschefs im Kanzleramt den Auftakt zu einem „Frühjahr der Entscheidungen“ bilden. Nun heißt es in der Koalition: „Das Frühjahr ist da, aber die Entscheidungen noch nicht.“ Die Frage ist, ob dieser etwas chaotische, von Verletzungen und Blockaden gekennzeichnete Abend nachwirken wird. Allerdings wird darauf verwiesen, dass diese Koalition bei den großen internationalen Herausforderungen – Ukraine/Russland, Griechenland, Flüchtlinge – gut zusammenarbeitet.

Von SPD-Seite wird für den Abend des Misserfolgens vor allem einer verantwortlich gemacht: CSU-Chef Horst Seehofer mit seinen Sticheleien gegen die Sozialdemokraten. „Die Regelungs- und das Dokumentationswettbewerb beim Mindestlohn sind auch Gründe für die schlechten Umfrageergebnisse der SPD“, hatte er in einem Interview gesagt – und so die Kompromissbereitschaft gemindert. Die Union, allen voran die CSU, wirft der SPD am Montag hingegen Blockade und Realitätsverweigerung vor. „Eine Arbeitsministerin, die sich Augen und Ohren zuzuhalt, verkennt die millionenfachen Praxisprobleme von Unternehmern, Arbeitnehmern und Ehrenamtlichen beim Mindestlohn“, schimpft CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer.

Nahles' Fazit stand schon vorher fest: Geändert werden muss nichts. Nach Seehofers Attacken schon gar nicht. Die Union hätte im Verbund mit der Wirtschaft dagegen gern, dass in Branchen wie Bau und Gastronomie die Schwelle zum Ausstreichen von Beginn, Dauer und Ende der Arbeitszeit nur bis zu einem Mitarbeiterlohn von 1900 statt derzeit 2950 Euro gilt. Doch die fragliche Verordnung gilt und bleibt erst mal – ein Sieg für die SPD. Gerungen wird nun wohl über Regeln für das Ehrenamt.

## Athen kommt Geldgebern leicht entgegen

Varoufakis-Vertrauter wird als Unterhändler abgelöst

**ATHEN.** Der griechische Regierungschef Alexis Tsipras zielt aus den schleppenden Verhandlungen mit den internationalen Geldgebern personelle Konsequenzen. Nach Angaben aus Regierungskreisen vom Montag wird der Chefunterhändler der griechischen Delegation bei den Geldgebern ausgetauscht. Der erfahrene frühere Unterhändler Giorgos Chouliarakis ersetzt demnach Nikos Theodorakis, den Vertrauten des griechischen Finanzministers Gianis Varoufakis.

Chouliarakis war schon unter der vorigen Regierung als Fachmann bei den Verhandlungen dabei und soll das Vertrauen der Geldgeber-Experten haben. Zudem sei eine Regierungsarbeitsgruppe für die Verhandlungen mit den Geldgebern einberufen worden. Dieser gehörte auch Varoufakis an. Die Koordination werde aber Vize-Außenminister Euklides Tsakalotas übernehmen. Tsipras sprach seinen Finanzminister gleichzeitig das Vertrauen aus. Wie es aus Regierungskreisen heißt, sei Varoufakis zur „Zielscheibe der internationalen Presse“ geworden. Er werde aber weiterhin „für eine nachhaltige Lösung arbeiten“. Nach dem Euro-Gruppen-Treffen in Riga gehen die Expertenverhandlungen über ein griechisches Reformprogramm weiter.

## NACHRICHTEN

### „Kosovo soll sicheres Herkunftsland werden“

**BERLIN.** Der Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Manfred Schmidt, fordert angesichts des zuletzt starken Anstiegs der Asylbewerberzahlen aus dem Kosovo und Albanien, auch diese Staaten zu sicheren Herkunftsländern zu erklären. „Es gibt dort keine systematische Verfolgung und damit keinen Grund für Asyl“, sagte Schmidt der „Süddeutschen Zeitung“. Im Bundesamt wisse man, dass die Sozialleistungen in Deutschland auf Asylbewerber aus den Balkanländern eine Anziehungskraft entfalten.

### UN rügen Stillstand bei atomarer Abrüstung

**NEW YORK.** Die Vereinten Nationen beklagen einen Stillstand bei der atomaren Abrüstung auf der Welt. Von 1990 bis 2010 habe es große Fortschritte gegeben, doch sei der Prozess seither ins Stocken geraten, sagte der stellvertretende UN-Generalsekretär Jan Eliasson am Montag in New York. „Es ist besonders beunruhigend, dass jüngste Entwicklungen sogar den gegenseitlichen Trend zeigen. Diese Umkehr ist ein Rückschritt für unsere Welt.“ Vertreter zahlreicher Länder riefen zum Auftakt einer Überprüfungskonferenz zur vollständigen Vernichtung aller Atomwaffen auf.

### Allende-Tochter führt Sozialisten in Chile an

**SANTIAGO DE CHILE.** Die Senatorin Isabel Allende ist als erste Frau an die Spitze der Sozialistischen Partei Chiles gewählt worden. Die Tochter des 1973 von den Militärs gestürzten Präsidenten Salvador Allende besiegte in einer Abstimmung den früheren Parteichef Camilo Escalona, wie am Montag bekanntgegeben wurde. Allende vertritt den Parteiflügel, der vorbehaltlos den Reformkurs der sozialistischen Staatsschefin Michelle Bachelet unterstützt. Escalona hatte eine kritische Einstellung der Regierung gegenüber angenommen.

### SPD-Politikerin denkt an eine Zucker-Steuer

**SAARBRÜCKEN.** Um den Deutschen eine gesündere Ernährung schmackhaft zu machen, bringt die SPD eine höhere Steuer für Zucker ins Gespräch. Die volle Besteuerung von Süßwaren, Softgetränken und Knabberzeug sollte „kein Tabu mehr sein“, sagte die verbrauchspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Elvira Drobinski-Weiß, der „Saarbrücker Zeitung“. Bislang werden für zuckerhaltige Produkte wie für die Mehrzahl der Lebensmittel 7 statt 19 Prozent Mehrwertsteuer fällig.

## NAHAUFNAHME

# Streiterin gegen den Deutschunterricht

VON BIRGIT HOLZER

Ihrem fröhlichen Lächeln nach zu urteilen ist das alles ein Kinderspiel. Schon in den Präsidentschaftswahlkampf 2007 brachte die damals knapp 30-jährige Najat Vallaud-Belkacem als Sprecherin der Sozialistin Ségolène Royal Frische in den Politikbetrieb. Fünf Jahre später übernahm sie mit gleicher Loyalität denselben Job für Royals früheren Partner und Nachfolger als Präsidentschaftskandidatin, François Hollande. Nach dessen Wahl verbreitete sie als Regierungssprecherin auch staubtrockene Erklärungen mit Charme, wurde dann Ministerin für Frauenrechte, Jugend und Sport, später für Erziehung und Bildung, nun übernahm sie auch noch das Ressort Wissenschaft und Forschung.

Die 37-Jährige gehört zu den jüngsten und beliebtesten Mitgliedern des französischen Kabinetts. Mit ihrem Par-

teifreund Boris Vallaud, der Karriere als Vize-Generalsekretär des Elysées-Palastes machte und mit dem sie Zwillinge hat, bildet sie ein schillerndes Politikerpaar. Doch nun droht die Glückssträhne zu reißen. Mit einer geplanten Reform der Mittelschule stößt Vallaud-Belkacem auf scharfe Kritik der Deutschlehrer.

Nach einem Rückgang des Interesses an Deutschunterricht und die Jahrtausendwende hat sich der Anteil der Deutschschüler seit einigen Jahren bei gut 15 Prozent stabilisiert – auch dank der bilingualen und Europa-Klassen, in denen früh neben der englischen auch die deutsche Sprache unterrichtet

wird. Ausgerechnet diese Klassen will die Ministerin ab 2016 weitgehend abschaffen. Deutsch gilt als elitär in Frankreich, wo die Schule soziale Unterschiede nicht ausgleicht, sondern vergrößert. Die Abkehr vom Deutschen mache alles gerechter, meint Vallaud-Belkacem.

Ihre Gegner erwidern, dass Kinder aus allen sozialen Milieus bilinguale Klassen besuchen und gerade dadurch eine Chance bekommen. Auch Parteifreunde wie der frühere Premierminister Jean-Marc Ayrault, selbst ein ehemali-

**NAJAT VALLAUD-BELKACEM** eckt an mit ihrer Bildungspolitik.

